

# CSU



## Reform mit Augenmaß

**Zukunft für unsere Landwirtschaft**

**Leitantrag des Parteivorstandes**

**zum**

**55. Parteitag der**

**Christlich-Sozialen Union**

**22./23. November 1991**

**München**

Hiergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe, Nachdruck, Reproduktion und Veröffentlichung für die schriftliche Genehmigung des ACSP.

1. Der Agrarmarkt der Europäischen Gemeinschaft wird bei wichtigen Produkten wieder von einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Überschußmengen wachsen an. Den starken Produktionssteigerungen steht nur eine geringe Zunahme beim Verbrauch gegenüber. Bei einigen Erzeugnissen (Butter, Rindfleisch) geht der Verbrauch sogar zurück. Auch auf dem Weltagrarmarkt übersteigt das Angebot die Nachfrage, für die Kaufkraft vorhanden ist.

Die Folgen sind hohe Lagerbestände, steigende Haushaltsausgaben und wachsende Spannungen im Welthandel. In den laufenden GATT-Verhandlungen hat die Europäische Gemeinschaft die Verpflichtung übernommen, die Stützung der landwirtschaftlichen Erzeugung substantiell und schrittweise zurückzunehmen, die Exportsubventionen abzubauen und den Marktzugang zu verbessern.

Trotz Mehrausgaben im Agrarfonds sinken die Erzeugerpreise und damit auch die Einkommen unserer Bauern. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung gefährdet den Bestand der bayerischen Landwirtschaft insgesamt, nicht nur die Existenz vieler einzelner Betriebe.

2. Die Christlich-Soziale Union fordert deshalb seit langem eine gründliche Reform der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft.

Sie erblickt in den Reformvorschlägen der EG-Kommission Ansätze, die in die richtige Richtung zielen, um eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft und die Kulturlandschaft auch in Bayern erhalten zu können. Dies gilt für

- die Rückführung der landwirtschaftlichen Erzeugung,
- die Zahlung eines direkten finanziellen Ausgleichs für Einkommensverluste, die durch Mengentrückführung und Anpassung der Stützpreise entstehen,
- die Vermeidung von Produktionsanreizen,
- die Verknüpfung der Mengentrückführung mit direkten Ausgleichszahlungen, die den Betrieben zugute kommen sollen, die zur Wiedersherstellung des Marktgleichgewichts beitragen,
- die spezifische Berücksichtigung kleinerer Betriebe,
- die stärkere Bindung von Ausgleichszahlungen an die Fläche
- und die flankierenden Maßnahmen, die zur Produktionsanpassung beitragen und dem Umweltschutz dienen.

3. Die Christlich-Soziale Union lehnt allerdings das von der EG-Kommission vorgeschlagene Ausmaß

- der vorgesehenen Preissenkungen und
- des angestrebten Abbaues des Außenschutzes entschieden ab.

Die Christlich-Soziale Union tritt für eine Reform mit Augenmaß ein.

4. Die Christlich-Soziale Union erblickt in der Bewältigung der bestehenden Überschüsse und in der Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Absatzmöglichkeiten ein wichtiges Ziel der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik.
5. Sie läßt sich von der Überzeugung leiten, daß unser Land auch in Zukunft eine leistungsfähige Landwirtschaft braucht, die in vielfältigen Betriebsformen für die
- Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen sorgt und gleichzeitig
  - die Umwelt und die Landschaft erhält, pflegt und weiterentwickelt.
6. Sie ist der Ansicht, daß die Erhaltung einer leistungsfähigen, umweltverträglichen und regional differenzierten Landwirtschaft ohne einen ausreichenden Außenschutz nicht möglich ist. Die Höhe des Außenschutzes muß so bestimmt werden, daß ein gut wirtschaftender Betrieb im Rahmen dieser Landwirtschaft sein Einkommen überwiegend auf dem Markt erzielen kann. Deshalb kommt dem Vorrang der eigenen Erzeugung gegenüber den Einfuhren (Gemeinschaftspräferenz) auch in Zukunft eine überragende Bedeutung zu.
7. Sie ist davon überzeugt, daß weder das Instrument der Mengensteuerung noch das der Preise allein in der Lage ist, das Überschußproblem dauerhaft zu lösen. Sie tritt deshalb dafür ein, die Beseitigung der Überschüsse mit einem wirksamen und ausgewogenen Bündel von Maßnahmen vorrangig der Mengensteuerung anzustreben, das den spezifischen Bedingungen des einzelnen Produktsektors entspricht und den Einkommensbelangen der Landwirte Rechnung trägt sowie zur Stärkung des Marktes beiträgt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

8. Sie fordert, daß sich die mengenrückführenden Maßnahmen an realistischen Absatzmöglichkeiten orientieren und wieder eine positive Entwicklung der Marktpreise ermöglichen. Ausgleichszahlungen sollen grundsätzlich Betriebe erhalten, die sich an mengenrückführenden Maßnahmen beteiligen. Die Intervention soll auf ein normales Maß zurückgeführt werden mit dem Ziel des Ausgleichs regionaler und saisonaler Produktionsschwankungen, einschließlich einer Sicherheitsreserve und Vorräten für die Nahrungsmittelhilfe.
9. Sie fordert, daß Senkungen der Stützpreise nur gegen einen Einkommensausgleich erfolgen, der dauerhaft und verlässlich ist und nicht unter die abbaupflichtigen Maßnahmen im GATT fällt. Die Landwirtschaft darf nicht weiter von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt werden. Auch in Zukunft muß die Landwirtschaft in Bergregionen und benachteiligten Gebieten mit der Ausgleichszulage gefördert werden.
10. Sie will, daß die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der Erhaltung leistungsfähiger Familienbetriebe dient und nicht zur Benachteiligung bestimmter Betriebsformen und -größen führt. Bei landwirtschaftlichen Großbetrieben müssen die Einsparungen bei den Festkosten angerechnet werden. Die Agrarpolitik muß verstärkt regionalisiert werden.
11. Sie tritt dafür ein, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Anbau und Verwendung nachwachsender Rohstoffe verbessert werden, und ist entschlossen, die Förderung zu verstärken, damit sie zur Lösung von Umweltproblemen beitragen und zu einer echten Einkommenschance für die Landwirtschaft werden können.

12. Sie ist der Ansicht, daß die zukünftige Agrarpolitik den Beiträgen der Landwirtschaft zum Umweltschutz stärker Rechnung tragen muß. Zu diesem Zweck sollte auch die Förderung unter anderem der Extensivierung weiter ausgebaut und die Beschränkung der Förderung auf bestimmte Flächen aufgegeben werden. Für die Nahrungsmittelerzeugung nicht mehr benötigte Flächen sollen umgewidmet werden für Zwecke des Naturschutzes, der Aufforstung für nachwachsende Rohstoffe und für Freizeit und Erholung. Sie spricht sich aus ökologischen Gründen für EG-weite Maßnahmen zur Reduzierung der Verwendung des Stickstoffs aus.
13. Sie ist der Überzeugung, daß die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Stabilität des ländlichen Raumes leisten kann. Ein attraktiver ländlicher Raum ist nur mit der Landwirtschaft möglich. Dazu müssen neben der Agrarpolitik auch die Kommunalpolitik, Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik ihren besonderen Beitrag leisten. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft muß durch die Förderung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und durch Maßnahmen der Agrarsozialpolitik flankiert werden.
14. Sie fordert, daß sich die Zugeständnisse der EG im Rahmen der GATT-Verhandlungen am Angebot der Gemeinschaft vom November 1990 orientieren, das eine globale Rückführung der Stützung verbunden mit einer Herstellung des Gleichgewichts beim Außenschutz vorsieht und die bisherigen Vorleistungen der Gemeinschaft zum Abbau der Überschüsse einbezieht. Die Einfuhren landwirtschaftlicher Produkte aus Drittländern einschließlich Mittel- und Osteuropa müssen vertraglich so festgesetzt werden, daß der Binnenmarkt nicht gestört wird.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Sozial-Präsidenten Hans-Joachim Lauth - Weitebühl - Nicht-gesetzlich. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

15. Sie fordert, daß die EG-Finanzmittel für die Landwirtschaft wirksamer eingesetzt werden und mehr als bisher dem einzelnen Bauern zugute kommen. Anstatt Überschüsse zu finanzieren, müssen die Produktionsmengen gesenkt und die Einkommen stabilisiert werden.
  
16. Die Christlich-Soziale Union will, daß die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik dem landwirtschaftlichen Berufsstand, insbesondere der jungen unternehmerisch engagierten Bauergeneration, eine positive Zukunftsperspektive eröffnet.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seifert-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP